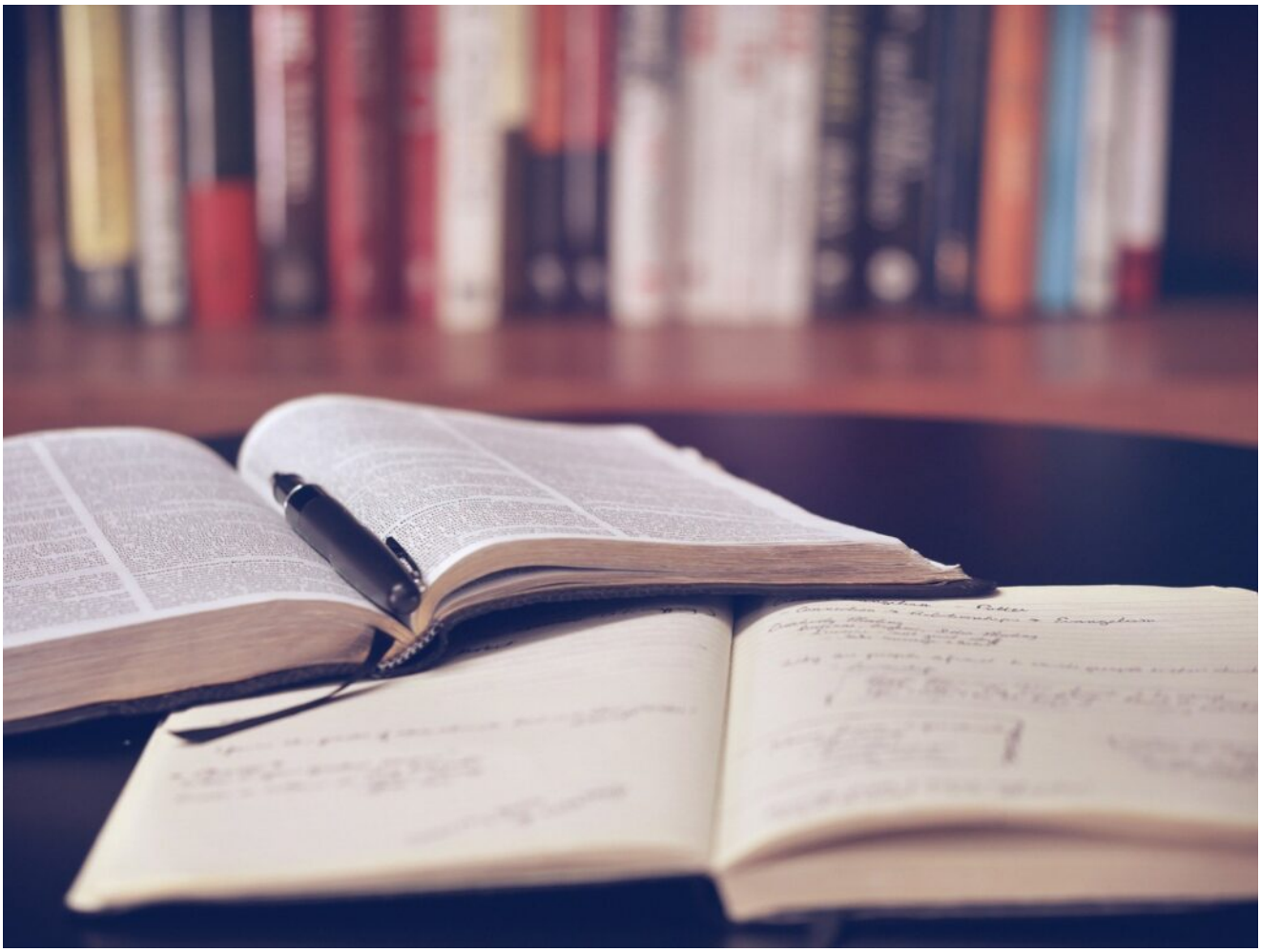
Experte: Mehr Geld für Islamismusbekämpfung an Schulen

18. Februar 2021



Osnabrück (KNA) Bund und Länder sollten nach Auffassung eines Experten mehr Mittel für die Bekämpfung von Islamismus an Schulen bereitstellen. „Um effektive Radikalisierungsprävention betreiben zu können, benötigen Schulen langfristige Konzepte und professionelle Fachkräfte“, betont Michael Kiefer vom Institut für Islamische Theologie der Universität Osnabrück in einem Positionspapier der Konrad-Adenauer-Stiftung. Dafür bedürfe es ausreichender personeller Ressourcen in der Schulsozialarbeit und im Kollegium, so der Islamwissenschaftler.

Die bisherigen Bundesprogramme wie zum Beispiel „Demokratie Leben!“ behandelten das Thema weitgehend als einen Sonderbereich, in dem hochspezialisierte Träger an Einzelprojekten arbeiten. „Diese Fokussierung auf ausgewählte Leuchtturmprojekte ist in der Breite wenig zielführend“, schreibt Kiefer. Notwendig sei vielmehr eine Stärkung der Regelstrukturen.

Dabei kommt dem Wissenschaftler zufolge auch dem islamischen Religionsunterricht eine wichtige Rolle zu. „Junge Menschen, die in gewaltaffine islamistische Milieus abrutschen, verfügen häufig nur über geringe Kenntnisse der islamischen Religion, auch wenn sie diese für Propagandazwecke instrumentalisieren.“ Ein moderner Religionsunterricht vermittele unter anderem Methodenkompetenzen, die einen reflektierten Umgang mit religiösen Inhalten ermöglichen sollten.

Radikalisierung an Schulen sei zum Teil ein gravierendes Problem – wenn auch nicht an allen Standorten, so der Experte. Für die Prävention sei Schule der ideale Ort, weil nur dort alle jungen Menschen zwischen dem sechsten und achtzehnten Lebensjahr erreicht würden.

Zuletzt hatte der Mord an dem französischen Lehrer Samuel Paty Mitte Oktober 2020 die Diskussion um Islamismus an Schulen auch in Deutschland neu entfacht. In Berlin hatte im November ein elfjähriger Schüler einer Lehrerin mit der Enthauptung gedroht.

© KNA

Beitragsbild: lil_foot_ via Pixabay

Stand: 16. November 2026